

# Armee-Abbau und -Umbau statt blosse Anpassungen !

**Medienkonferenz der sozialdemokratischen  
Partei der Schweiz  
Freitag 27. Mai 2005, 10.00 Uhr  
Bern, Bundeshaus, Zimmer 86**

**Mit:**

- **Hans-Jürg Fehr**, Präsident der SP-Schweiz und Nationalrat
- **Barbara Haering**, Nationalrätin
- **Hans Widmer**, Nationalrat
- **Paul Günter**, Nationalrat
- **Valérie Garbani**, Nationalrätin

**Sozialdemokratische Partei der Schweiz**

Kampagnen und Kommunikation

Spitalgasse 34, Postfach 7876

CH – 3001 Berne

FON 031 329 69 89

FAX 031 329 69 70

E-Mail: [presse@spschweiz.ch](mailto:presse@spschweiz.ch)

Internet: <http://www.spschweiz.ch>

**Bern, Freitag, 27. Mai 2005**



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

---

## Für einen Strategiewechsel in der Sicherheitspolitik

**Hans-Jürg Fehr, Nationalrat und Präsident der SP Schweiz**

### *Es gilt das gesprochene Wort*

Die SP Schweiz hat sich in den letzten zehn Jahren immer wieder mit profunden Strategiepapieren zur Sicherheitspolitik und zur Rolle der Armee zu Wort gemeldet. Diese Konzepte haben der Partei wegen der unbestreitbaren Sachkompetenz, die sie auszeichnete, Themenführerschaft eingetragen. Wir haben unsere Arbeit an diesem Thema inklusive Überprüfung unserer eigenen Positionen nie für längere Zeit unterbrochen wie das von der DV im Jahre 2001 verabschiedete Positionspapier oder unsere Stellungnahme zur Armee XXI beweisen. Nun halten wir den Zeitpunkt für gekommen, uns erneut mit einem Strategiepapier in die Diskussionen einzuschalten beziehungsweise solche auszulösen und neu auszurichten. Ich nenne dafür vier Gründe:

1. Mit Armee XXI ist offenkundig - und wie wir es voraussagten - das Ende der Fahnenstange nicht erreicht worden. Die strategische Orientierungslosigkeit, die sich mit der Umsetzung von Armee XXI verbindet, ist bis hinauf in die obersten Führungspositionen (Verteidigungsminister, Armeechef) unübersehbar. Sie zeigt sich zum Beispiel im augenfälligen Widerspruch zwischen den vorhandenen Risiko- und Gefährdungsanalysen und der aktuellen Rüstungspolitik.
2. Die Armee schiebt sich mangels anderer Beschäftigung zunehmend in zivile Betätigungsfelder vor. Dieser schleichende Ersatz von Polizei- durch Armeeeinheiten muss gestoppt werden. Es braucht eine klare Zuteilung der Funktionen.
3. Die allgemeine Wehrpflicht ist angesichts der tatsächlichen Bestandesbedürfnisse der Armee nicht länger aufrecht zu erhalten. Ihr Vollzug ist auszusetzen und durch Rekrutierungsmethoden zu ersetzen, die zur Armee der Zukunft passen.
4. Nach dem grundsätzlichen Ja des Volkes zu friedenserhaltenden Einsätzen von Armee-Einheiten in Krisengebieten braucht es nun eine bedürfnisgerechte Dotation dieser Bestände.

Die SP Schweiz verabschiedet sich mit dem neuen Strategiepapier auch von eigenen, früheren Konzepten, die sich im Lichte der realen Entwicklungen überlebt haben (effizientere Armee zum halben Preis mit Hauptzweck Landesverteidigung). Wir erwarten diese Offenheit auch vom Bundesrat und den anderen politischen Parteien. Die schweizerische Sicherheitspolitik unter Einschluss der Armee muss strategisch neu ausgerichtet werden. Dies sollte ohne Verzug geschehen. Die nachfolgenden Rednerinnen und Redner werden darlegen, wie wir uns das vorstellen.

**Medienkonferenz vom 27. Mai 2005**

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

**klar.sozial / SP**

## Ab- und Umbau der Armee sind vordringlich

**Barbara Haering, Nationalrätin**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Zum ersten Mal in der Geschichte lehnte im Frühling das Parlament ein Rüstungsprogramm ab. Was vordergründig als unheilige Allianz erschien, hatte tiefere Gründe: Es fehlt die Strategie, welche der Schweizer Armee risikobasierte Perspektiven aufweist in einer Zeit, in der der Landesverteidigungsfall kein realistisches Szenario mehr darstellt. Auftrag und Struktur von Armee XXI sind nicht nachvollziehbar. Und auch die Anpassungen des Bundesrats vom 11. Mai machen die Sache nicht viel besser. Richtig sind die geplante Reduktion der Kompetenz zur Landesverteidigung und die Erhöhung des Engagements für friedensunterstützende Einsätze von UNO und OSZE. Ohne gleichzeitige Verkleinerung der Armee sind diese Schritte unzureichend. Längst hat deshalb die Finanzpolitik das Diktat über die Sicherheitspolitik übernommen. Für mich ist aber klar: Die Reform der Armee darf nicht allein von Sparvorgaben und von Zwängen einer gescheiterten Politik der Inneren Sicherheit bestimmt werden. Dringend ist eine sicherheits- und militärpolitische Debatte. Auftrag, Armeestruktur und Mittelausstattung müssen in politisch sinnvolle Beziehung zueinander gebracht werden. Dies bedeutet insbesondere:

1. Die Armeediskussion braucht einen friedens- und sicherheitspolitischen Ausgangspunkt: Die sicherheitspolitischen Diskussionen im engeren Sinne kreisen heute um drei Bedrohungsbilder:
  - um transnationale terroristische Kriminalität – mit der sehr spezifischen Gefährdung durch SelbstmordattentäterInnen,
  - um die Risiken der Verbreitung und Proliferation von Massenvernichtungswaffen – insbesondere auch an non-state actors sowie
  - um den Zerfall von Staaten.

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

Dabei wird unterstellt, dass diesen Bedrohungen militärisch begegnet werden könne. Dies greift in doppelter Hinsicht zu kurz: Die Bedrohungsanalysen sind unvollständig und die zur Bekämpfung gewählten Mittel nicht adäquat. Eine wirkungsvolle und nachhaltige Friedensstrategie muss den Blick für alle Gefährdungen öffnen, die Leben und Wohlergehen der Menschen bedrohen. (Hans Widmer wird auf diese Kapitel unseres Positionspapiers im Detail eingehen)

2. Ein zusätzlicher Armeeab- und -umbau ist dringend: Die Bedrohungsanalyse zeigt, dass der aktuelle Hauptauftrag der Schweizer Armee, die autonome Landesverteidigung, von einem vernachlässigbar kleinen Restrisiko eines traditionellen Kriegs ausgeht. Und selbst wenn dieser eintreten würde, wäre der im Alleingang zu realisierende Schutz der Schweiz technisch nicht umsetzbar. Die SP Schweiz fordert deshalb für die Schweizer Armee einen risikogerechten und realistischen Auftrag. Die zukünftige Hauptaufgabe der Schweizer Armee wird das Engagement für friedensunterstützende Missionen der Staatengemeinschaft sein. Die Armee muss entsprechend ab- und umgebaut werden. Wir fordern dabei eine verstärkte Zusammenarbeit mit Staaten, die eine vergleichbare Aussenpolitik verfolgen. Im Vordergrund steht der Beitritt der Schweiz zu SHIRBRIG. (Die Fragen von Auftrag und Struktur der Armee wird Paul Günther erläutern.)
3. Rekrutierungsmodell: Die SP-Militärthesen 2001 gingen von der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der Einführung einer Zeitsoldatenarmee aus. Die SP brach damit ein zentrales Tabu der militärpolitischen Perspektivdiskussionen. Heute ist die Frage allgemein nicht mehr ob die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben oder zumindest ihr Vollzug sistiert wird, sondern nur noch wann dies geschehen wird und welches Rekrutierungsmodell an ihre Stelle treten soll. Die Diskussion darüber ist dringend, denn die allgemeine Wehrpflicht
  - lässt sich angesichts der fehlenden Bedrohungssituation moralisch nicht mehr rechtfertigen,
  - sie verletzt das Prinzip der Wehrgerechtigkeit, weil sie demografisch überholt ist und
  - sie ist volkswirtschaftlich ineffizient und

---

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

- selbst der Anspruch der besseren demokratischen Kontrolle einer Wehrpflichtarmee erweist sich bei genauerer Betrachtung als Mythos.

Und auch ein obligatorischer Gemeinschaftsdienst mit erweiterten, zivilen Aufgaben bietet keine Alternative. (Valerie Garbani wird anschliessend diesen Teil unseres Konzeptpapiers präsentieren.)

Für die politische Diskussion der Rekrutierungsmodelle haben wir neue Erfahrungen aus anderen Ländern einbezogen. Im Sinne einer Weiterentwicklung des Konzepts schlagen wir die Kombination eines Kerns von Berufs- und Zeitsoldaten vor, kombiniert mit einem Mantel freiwilliger Miliz. Unter einer Freiwilligenmiliz werden Angehörige der Armee verstanden, die in ihrem Hauptberuf einer zivilen Tätigkeit nachgehen. Sie verpflichten sich aber freiwillig, d.h. arbeitsvertraglich, zu einer militärischen Grundausbildung und anschliessend zu kurzen militärischen Weiterbildungskursen sowie militärischen Einsätzen. Dieses Modell bietet grössere Flexibilität, es integriert ziviles Know-how in die Armee und ist volkswirtschaftlich günstiger, und zwar sowohl günstiger als eine Wehrpflichtarmee als auch günstiger als eine reine ZeitsoldatInnenarmee.

4. Schutz der Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Die SP lehnt die Ausrichtung der Armee auf die Einsätze im Inland, insbesondere im Ordnungsdienst, nach wie vor ab. Dies insbesondere aus staatspolitischen Gründen. Überdies widersprechen solche Einsätze den spezifischen Kompetenzen der Armee. Demonstrationen und Bewachungsaufgaben sind keine Aufgaben für die Armee. In den letzten Jahren wurden aber von der Armee durchschnittlich jeweils mehr als 300'000 Dienstage für die Innere Sicherheit geleistet. 40% der WK-Formationen, das heisst, bis zu 26 Bataillonen, stehen regelmässig in Assistenzdiensteinsätzen. Und mit seinen Beschlüssen vom 11. Mai 2005 baut der Bundesrat die Armee zusätzlich für diese Einsätze im Inland um. Diese Strategie des Bundesrats, den unwahrscheinlich gewordenen Verteidigungsfall mit Einsätzen der Armee im Innern zu ersetzen, lehnt die SP Schweiz grundsätzlich ab.

Da die neuen Gewaltrisiken bzgl. Ausgangs- und Zielgebiet territorial nicht mehr gebunden sind und insbesondere Anschläge terroristischer Kriminalität nicht an Landesgrenzen halt machen, verwischt sich jedoch die Grenze zwischen äusserer und innerer Sicherheit. Es ist Aufgabe des Staates, die Sicherheit der



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

---

Bevölkerung auch vor diesen neuen Gewaltrisiken so weit wie möglich sicherzustellen. Dazu braucht es in erster Linie wirkungsvolle und effiziente Nachrichtendienste sowie eine intelligente Organisation polizeilicher Kräfte. Die SP Schweiz ist überzeugt, dass die vorhandenen polizeilichen Mittel bisher zu wenig zielgerichtet auf die Bekämpfung dieser Bedrohung vorbereitet und ausgerichtet worden sind. Eine Neuorganisation der Inneren Sicherheit ist deshalb vordringlich und dies auf der Basis einer Kooperation kantonaler und städtischer Polizeien – verbunden mit einem Leistungsauftrag des Bundes und entsprechenden Bundesmitteln, denn es handelt sich hierbei um nationale Aufgaben. Allerdings: Im absoluten Krisenfall, das heisst bei einem terroristischen Angriff auf grössere Teile der Schweizer Bevölkerung oder zentrale Infrastrukturen unseres Landes, akzeptiert die SP Schweiz den Einsatz der Armee zum Schutz von Menschen und Objekten auch im Inland. Der Einsatzbereich der Armee müsste jedoch auch in diesem Fall auf die grossräumige Sicherung und den fallweisen Objektschutz beschränkt bleiben.

Wir verbinden unsere heutige Präsentation mit zwei Erwartungen: Wir erwarten, dass der Bundesrat eine unabhängige Kommission einsetzt zur Erarbeitung neuer militärpolitischer Strategien und dies unter Beizug internationaler Expertinnen und Experten. Und wir laden CVP und FDP ein, sich mit uns an einen Tisch zu setzen, um dieses Reformprojekt zu begleiten. Dies ist ein Angebot. Es wäre zukunftsweisender, darauf einzutreten und gemeinsam an einer realistischen Friedens- und Sicherheitspolitik zu arbeiten, statt sich von virtuellen Retro-Debatten, wie sie die SVP führt, blockieren zu lassen. Andernfalls wird weiterhin die Finanzpolitik der Sicherheitspolitik die Vorgaben machen – und dies ist friedens- und sicherheitspolitisch nicht gut.



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

---

## Zum friedens- und sicherheitspolitischen Ausgangspunkt

**Hans Widmer, Nationalrat**

***Es gilt das gesprochene Wort***

Auf der ganzen Welt – auch in den Entwicklungsländern – steigen die Militärausgaben: Eine falsche Antwort auf die vielfältigen Konfliktpotenziale. Die Themen ‚transnationaler Terrorismus‘, ‚Massenvernichtungswaffen‘ und ‚zerfallende Staaten‘ beherrschen die sicherheitspolitischen Diskussionen. Durch eine solche Fokussierung rücken indirekt militärische Problemlösungsansätze in den Vordergrund. Zu Unrecht, denn Hunger, Armut, ökologische Notstände, Epidemien und Migration bergen ebenfalls sicherheitspolitischen Zündstoff. Dieser kann nicht einfach durch militärische Massnahmen entschärft werden. Eine umfassende Friedensstrategie ist angesagt. Diese hat von der Tatsache auszugehen, dass sich in unserer vernetzten Welt nachhaltige Entwicklung, Frieden und Sicherheit gegenseitig bedingen. Also braucht es mehr Kohärenz zwischen Wirtschafts- und Aussenpolitik, mehr Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit (0,7% des BNE) sowie eine Verstärkung unserer Beiträge zu friedensunterstützenden Missionen der Staatengemeinschaft.

Insbesondere beim Zerfall von Staaten entstehen für die Zivilbevölkerung Sicherheitsrisiken, die nur mit friedensunterstützenden militärischen Massnahmen im Auftrag der Völkergemeinschaft (UNO, OSZE) angegangen werden können. Grosse vernetzte Anstrengungen erfordert sodann das Nation-Building: langfristige Planung, entwicklungspolitische Strategien, usw. Die Aufgabe des Militärs kann in solchen Zusammenhängen nur darin bestehen, für zivilgesellschaftliche Prozesse ein sicheres Umfeld zu schaffen.

Die Schweiz soll ihre bereits initiierte sicherheitspolitische Kooperationsstrategie vertiefen, an den entsprechenden multilateralen Foren aktiv mitwirken und die Armeestrukturen besser nach dem Friedensförderungsauftrag ausrichten.



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

---

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

Ohne multilaterale Zusammenarbeit gibt es keine nachhaltige Friedens- und Sicherheitspolitik. Im Vordergrund steht dabei die Zusammenarbeit mit der UNO sowie mit der OSZE. Auch ist das Engagement im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden zu akzeptieren, obwohl die Entwicklung der NATO kritisch zu betrachten ist. Für die SP ist das Friedenswerk der EU wegweisend, da es nicht vom Recht des Stärkeren, sondern von der Stärke des Rechts ausgeht. Ein EU-Beitritt – auch aufgrund friedenspolitischer Argumente – wird von uns gefordert. Allerdings stellt sich die SP Schweiz gegen einen möglichen Umbau der EU zu einer Militärmacht sowie gegen einen Rückfall zu Strategien des militärischen Gleichgewichts. Im Sinne einer Stärkung der UNO verlangen wir den Beitritt der Schweiz zur SHIRBRIG, welche eben dieser UNO kurzfristig Blauhelmtuppen für Friedensförderungseinsätze zur Verfügung stellen kann.

Im Programm 'Risikoanalyse Schweiz' kommt auch das VBS zur Einsicht, dass die zentralen Risiken nicht militärischer Art sind. Sie liegen nämlich im zivilen Bereich (z.B. Klimawandel, Verletzlichkeit technisch-industrieller System etc.). Dagegen ist der klassische Landesverteidigungsfall auf Jahrzehnte hinaus unwahrscheinlich geworden. Die Armee XXI mit ihrem grossen und kostenintensiven Mobilisierungspotenzial nimmt auf diesen Umstand überhaupt keine Rücksicht, genauso wenig übrigens wie auf die Tatsache, dass die neuen Gewalttrisiken der terroristischen Kriminalität ausserhalb der militärischen Logik liegen und auch kriegsvölkerrechtlich nicht fassbar sind. Die Schweiz sollte überdies mit allen diplomatischen Mitteln darauf hin arbeiten, dass Europa zu einer Atomwaffenfreien Zone erklärt und der Atomwaffensperrvertrag gestärkt wird.

Die vorgesehene Verteidigungsdoktrin der Armee XXI lehnen wir ab, weil sie zu sehr auf rasche Schwergewichtsbildung, weiträumige Bewegungen und Feuerkonzentration zielt, was unser Land in ein sicherheitspolitisches Dilemma führt: entweder fordert eine solche Doktrin zu viele Opfer im Inland oder die Verteidigungsschläge werden ins grenznahe Ausland verlegt, wo dann vor allem die Zivilbevölkerung befreundeter Nachbarstaaten betroffen wäre.

Solche Konsequenzen aber würden die Legitimation der Streitkräfte in Frage stellen, denn diese besteht für die SP ausschliesslich im aktiven Beitrag zum Schutz und zur Sicherheit der Bevölkerung

## Es braucht eine grundlegendere Armee-Diskussion

Paul Günter, Nationalrat

### *Es gilt das gesprochene Wort*

Wenn ein Verein nicht mehr weiter weiss, macht er eine Statutenreform. Wenn die Armee nicht mehr weiter weiss, wird mutig und ohne Ziel reformiert. Die bisherigen Armeereformen bis hin zur Armee XXI waren die vergeblichen Versuche, die Quadratur des Zirkels zwischen richtiger Grösse und Wehrpflicht, Hightech Armee und Polizistenersatz zu finden.

Die Grenzen zwischen innerer und äusserer Sicherheit sind fliessend geworden. Gerade deshalb ist die klare Abgrenzung der Funktionen von Polizei und Militär dringend. Der schleichende Prozess der letzten Jahre, in dem Soldaten immer mehr zu Hilfspolizisten wurden, muss gestoppt werden. Diese Entwicklung ist politisch, militärisch und volkswirtschaftlich falsch.

Was soll die risikobasierte Armee gemäss den Vorstellungen der SP können:

1. sie trägt zu Frieden unterstützenden Massnahmen bei
2. sie trägt bei zur Erhaltung der demokratischen Handlungsfähigkeit und der staatlichen Souveränität unseres Landes
3. sie schützt die Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen
4. sie kommt zum Einsatz bei Katastrophen

**Anmerkung zu 1:** zwar befürwortet die SP vermehrte Frieden erhaltende Einsätze im Ausland. Dies aber immer nur als „ultima ratio“ und im Rahmen einer umfassenden Friedenspolitik sowie mit einem Mandat der UNO oder OSZE. Wir stellen uns vor, dass die Schweizer Armee in der Lage sein soll mit einem Taskforce-Bataillon mit bis zu 1500 SoldatInnen im Einsatz zu sein. Diese Einsätze bedingen ua eine bessere Ausbildung der Truppe. Es besteht ein hoher Umstrukturierungsbedarf. In Kapitel B2 haben wir unsere Vorstellungen konkretisiert, wie diese Umstrukturierung vor sich gehen soll.

**Anmerkung zu 2:** Zu diesem Bereich gehört zB die Wahrung der Lufthoheit. Im Zeitalter der Cruise missiles, der Raketen und der schnellen Kampfflugzeuge kann diese aber nur in Zusammenarbeit mit den umliegenden Staaten wirklich wahrgenommen werden.



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

**Anmerkung zu 3 und 4:** Muss eine Bahnlinie wegen einer Terrordrohung über Tage durchgehend bewacht werden, oder muss die Bevölkerung einer ganzen Region wegen eines GAU in einem AKW evakuiert werden, braucht es neben der Polizei die zusätzlichen Kräfte der Armee. Gegen derartige Einsätze der Armee im Innern ist aus Sicht der SP nichts einzuwenden. Einen militärischen Ordnungsdienst im engeren Sinn sowie den Einsatz gegen die Bevölkerung, aber auch Daueraufgaben zum Ersatz fehlender Polizisten lehnt die SP hingegen strikte ab. Auch subsidiär sind hier keine Funktionen für die Armee.

### **Handlungsbedarf im Beförderungswesen**

Neben der inhaltlichen Reform muss auch das Beförderungswesen dringend reformiert werden. Verkleinerungen jeder Struktur führen zu einer Ueberalterung der Spitze. Das ist beim VBS nicht anders und ein Grund zur Sorge. Grund zur Sorge ist auch, dass die Durchlässigkeit nach oben für NichtakademikerInnen praktisch kaum existiert

### **Innere Führung**

Die Schweiz hat eine der letzten Armee der westlichen Staatengemeinschaft ohne ausgearbeitetes und von einer unabhängigen Stelle überwacht Konzept der inneren Führung. Gerade in Zeiten des Umbruchs ist diese Führung aber zentral, sollen zB Diskriminierungen auf Grund sexueller Präferenzen, Hautfarbe, Religion oder Herkunft vermieden werden.

### **Sozialverträglicher Personalabbau**

Die SP vertritt seit Jahren die Position, dass die Armee verkleinert werden soll. Dieser Prozess soll aber ohne das Schaffen neuer Disparitäten zwischen den Landesteilen und für das betroffene Personal sozialverträglich erfolgen. Hätte man den Prozess eingeleitet, als die SP diesen forderte, wären beide Forderungen mit dem eingesparten Geld problemlos erfüllbar gewesen. Leider ist aber der Abbau dann unter Spardruck ohne grosse Rücksichten insbesondere auf Randregionen erfolgt – und damit ohne genügend Mittel, um den Prozess abzufedern und eine vernünftige Konversion zu fördern. Dass Konversion möglich wäre, hat die RUAG trotz pessimistischer Prognosen bereits in einem erstaunlichen Ausmass demonstrieren können.

Es ist deshalb besonders wichtig, dass die nächsten Abbaustufen nicht mehr nach dem bisherigen rücksichtslosen Muster erfolgen.

**Medienkonferenz vom 27. Mai 2005**

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

**klar.sozial / SP**



Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005

klar.sozial

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

---

## Die Wehrpflicht hat ausgedient

Valérie Garbani, Nationalrätin

### *Es gilt das gesprochene Wort*

Am 12. Mai 2005 hat der Bundesrat seinen Plan zur Optimierung der Armeeform vorgestellt und dabei die Tatsache unterstrichen, dass die Verschiebung der Prioritäten weg von der Landesverteidigung hin zu zusätzlichen Sicherheitseinsätzen bzw. friedenserhaltenden Massnahmen keinen Einfluss auf den Bestand der Armee und das Milizsystem haben sollte. Paradoxerweise hat jedoch am 3. August 2004 der Chef des VBS angekündigt, dass es eine grundsätzliche Debatte darüber brauche, ob die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht zweckmässig ist. Die von Bundesrat Schmid gewünschte Diskussion muss jetzt und heute geführt werden. Eine objektive, risikobasierte Analyse der prioritären Armeeaufgaben zeigt, dass diese in keiner Weise einen Gesamtbestand von 220'000 Mann erfordern. 50'000 Dienst leistende Personen genügen, um die Aufgaben sicherzustellen, die der Armee anzuvertrauen sind: Friedensförderung, Bevölkerungsschutz, Sicherheit durch Zusammenarbeit und zusätzlich humanitäre Hilfe im Notfall oder bei Katastrophen.

Die Erhaltung der Wehrpflicht bedeutet:

#### **Jedes Jahr 20'000 überzählige junge Leute!**

Jedes Jahr werden 32'000 Männer der Wehrpflicht unterstellt. Um einen permanenten Bestand von 50'000 Mann zu erreichen, ohne das aktuelle System der Wiederholungskurse während 10 Jahren zu gefährden, reichen 5'000 Soldaten pro Jahr. Unter Berücksichtigung einer angemessenen Quote von Dienstuntauglichen muss man 20'000 junge Männer mit unnötigen und undankbaren Aufgaben beschäftigen.

#### **Ineffizienz einer Armee mit unqualifiziertem und unmotiviertem Personal**

Die risikobasierten Aufgaben der Armee erfordern angesichts der Komplexität des Ausrüstungsmaterials und der besonderen Art dieser Aufgaben hohe technische und psychologische Kompetenzen. Die Ausbildung muss effizient und effektiv sein und die Mobilisierung rasch erfolgen können. Dies sind Anforderungen, die mit der Wehrpflicht kaum kompatibel sind. Heutige Anforderungen erfordern vor allem eine hohe Motivation, die nur auf Freiwilligkeit beruhen kann.

Medienkonferenz vom 27. Mai 2005

Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!

klar.sozial / SP



**Medienkonferenz  
SP Schweiz  
27. Mai 2005**

**klar.sozial**

**Armee-Abbau und –Umbau statt blosse Anpassungen!**

---

### **Widersinnig aus wirtschaftlicher Sicht**

Wer unnötige Überkapazitäten beim Bestand erhalten will, verhält sich wie die Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beisst, denn die entsprechenden Folgekosten belasten die vom Bundesrat festgelegten Budgetziele und erfordern damit Sparmassnahmen bei Aufgaben, die von der Regierung als prioritär eingestuft werden, wie zum Beispiel die friedenserhaltenden Massnahmen. Wehrpflichtige kosten darüber hinaus aus volkswirtschaftlicher Sicht deutlich mehr, als das Bundesbudget ausweist. Sie sind an ihrem angestammten Arbeitsplatz weit produktiver als im Militärdienst. Die Aussetzung der Wehrpflicht leistet dadurch einen substantiellen Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

### **Ein Alleingang**

Belgien, Frankreich, Grossbritannien, Irland, die Niederlande, Spanien, Portugal und Italien haben die Wehrpflicht abgeschafft. Das Konzept der «Sicherheit durch Zusammenarbeit» erfordert in erster Linie eine Beteiligung der Schweizer Armee an Strukturen, die auf die multinationale Zusammenarbeit im Rahmen von UNO- oder OSZE-Missionen ausgerichtet sind, und nicht einen Alleingang, der sich einzig durch die Angst, das Tabu der Milizarmee zu brechen, begründen lässt. Die Diskussionen über die Armee XXI haben bereits sehr konkret und bewusst die Abschaffung der Wehrpflicht ausgeklammert, um nicht wegen des absehbaren Widerstandes der traditionalistischen Kräfte die Reform zu gefährden.

**Die SP wünscht, dass die politische Debatte über die Ablösung der Wehrpflicht durch neue Rekrutierungsmodelle rasch stattfindet und damit die vom Bundesrat am 12. Mai 2005 begonnene, aber nicht abgeschlossene Diskussion weitergeführt wird.**